

STANDPUNKT

Aktionsplan Pflanzenschutz: Mehr Mut!



Der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel ist aus der Sicht der Bio-Bäuerinnen und -Bauern ein Meilenstein. Die Politik anerkennt damit, dass die Risiken des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden vermindert werden müssen. Es besteht auch dringend Handlungsbedarf: Die Schweiz gehört europaweit mit Holland und Dänemark zum Sp(r)itzen-Trio, was die Menge angeht. Die Folgen lassen sich als vielfältige Pestizid-Rückstände in den Gewässern nachweisen. Klar ist, dass der Pestizid-Pfad verlassen werden muss. Inzwischen kostet die Entwicklung eines neuen Wirkstoffs 150 bis 200 Millionen Franken. Mit jedem Skandal steigen die Anforderungen und damit die Kosten. Gleichzeitig werden die Methoden von Bio und IP immer besser, und die Landtechnik entwickelt sich rasch weiter – zum Beispiel mit Jät-Robotern, Drohnen, die Nützlinge aussetzen und gezielt Pflanzenschutzmittel ausbringen, oder mit besseren Prognosesystemen. Man wird allerdings den Eindruck nicht los, dass der Schweizer Aktionsplan die offensichtlichen Probleme ohne jeden Ehrgeiz angeht – und dies erst noch mit einer Verzögerung von rund acht Jahren auf die EU. Frankreich setzt sich ein Reduktionsziel von 50 Prozent und verbietet die Abgabe von Pestiziden an Private. Österreich verbietet die Pestizide aus dem Sömmerungsgebiet und setzt sich ehrgeizige Ziele beim Bio-Landbau. Die nordischen Staaten erheben Lenkungsabgaben und fördern Bio. Und die Schweiz? Erwähnt im Aktionsplan Bio mit keinem Wort als innovative Produktionsform und als mögliche

Lösung für die vielfältigen Pestizid-Probleme. Subventioniert den pfluglosen Anbau mit Glyphosat, das viele Länder verbieten wollen. Zahlt konventionellen Betrieben Einzelkulturbeiträge, wenn sie auf Spritzungen bei Zuckerrüben und in Weinbergen verzichten – und schliesst die Bio-Betriebe ausdrücklich davon aus. Erhebt bei Pestiziden als einziges Land weit und breit nur den minimalen Mehrwertsteuersatz. Gibt weiterhin der Landwirtschaftsbehörde das letzte Wort bei der Zulassung von Pestiziden – und nicht der Gesundheits- oder Umweltbehörde wie die meisten Länder. Und die zuständige BLW-Vizedirektorin suggeriert in der Sendung «Trend» vom 9. September, der Bio-Landbau sei am hohen Pflanzenschutzmittelverbrauch schuld. Auch kein Wort an unsere konventionellen Kollegen. Sie sind nämlich bereit, die Probleme anzugehen, und brauchen inzwischen wohl mehr Bio-Mittel als die Bio-Betriebe selber. Das Gute daran: Keines

der Bio-Mittel taucht in den Eawag-Gewässer-Untersuchungen auf. Mit dem mutlosen Plan verliert die Schweiz den (vermeintlichen) ökologischen Vorsprung, den Konsument/innen beim Kauf von Schweizer Produkten bisher gerne mit einem höheren Preis bezahlt haben. Und die beiden Anti-Pestizid-Initiativen bekommen unerwarteten Zulauf. Zwei Drittel der Bevölkerung verlangt eine starke Reduktion des Pestizid-Einsatzes. Das BLW scheint dies nicht zu kümmern. Vielmehr weigert es sich, die Leistungen der nachhaltigen Produktionssysteme wie IP und Bio zu anerkennen und den Aktionsplan für Mensch, Tier und Natur in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen.

Urs Brändli, Präsident Bio Suisse

